

Fotos: Jennifer Otto



Die GdP war wieder mit einem ganz starken Streikauflauf vor Ort!



Nichts hält uns davon ab, für unsere Werte einzustehen!

Wir lassen uns nicht abspeisen

Kurz vor der 3. Verhandlungsrunde am 11. Februar haben wir mit dem Warnstreik ein deutliches Zeichen gesetzt. Mit einer starken Beteiligung aus allen Bereichen wurde klar: Wir sind entschlossen, stehen zusammen und lassen uns nicht verströmen.

Tarifbeschäftigte und Beamt/innen, aktive Kolleg/innen ebenso wie Pensionär/innen: Der Warnstreik in Mainz zeigte eindrucksvoll die Geschlossenheit innerhalb der GdP. Beschäftigte aus Behörden im ganzen Land waren angereist, um gemeinsam für faire Bezahlung und echte Wertschätzung einzutreten. Ein besonderer Dank galt den Kolleg/innen, die im Einsatz waren und die Veranstaltung absicherten.

Eckpunktepapier sorgt für Wut und Enttäuschung

Das von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) vorgelegte Eckpunktepapier hat viele wütend gemacht. Statt Wertschätzung sehen wir darin Sparlogik, Leermonate und Ausweichmanöver. Eine lediglich an der Inflationsrate „orientierte“ Entgelterhöhung bedeutet angesichts steigender Mieten, höherer Krankenkassenbeiträge und wachsender Lebenshaltungskosten faktisch einen Reallohnverlust.

Zwar enthält das Papier mit der stufengleichen Höhergruppierung sowie Verbesserungen bei der (Wechsel-)Schichtzulage längst überfällige Forderungen. Doch sie dürfen nicht dazu genutzt werden, an anderer Stelle

grundlegende Prinzipien infrage zu stellen oder Einschnitte vorzunehmen.

Besonders entschieden weist die GdP die erneuten Versuche der Arbeitgeberseite zurück, den Arbeitsvorgang nach § 12 TV-L als Grundpfeiler fairer Eingruppierung infrage zu stellen. Er stellt sicher, dass sich die Eingruppierung nach einer inhaltlich zusammenhängenden, bewertbaren Gesamttätigkeit richtet.

Mit Rückenwind in die dritte Runde

Mit dem eindrucksvoll demonstrierten Rückenwind gehen wir geschlossen und selbstbewusst in die 3. Verhandlungsrunde. Als GdP stehen wir solidarisch an der Seite aller Polizeibeschäftigten und erwarten von der TdL endlich ein Angebot, das Respekt zeigt und diesen Namen auch verdient.

Was könnte passieren, wenn es zu keiner Einigung kommt?

1. Erklärung des Scheiterns der Verhandlungen
2. Urabstimmung über unbefristete Streiks (bei mindestens 75 % Zustimmung)
3. Beginn unbefristeter Streiks (Erzwingungsstreik)

Es ist auch eine Schlichtung mit einem neutralen Vermittler möglich.

Am Ende bleibt klar: Nur ein verbessertes Angebot kann den Weg zu einem Tarifabschluss ebnen. ■

» Tarifbotschafterin Kerstin Schweikhard
Der Warnstreik in Mainz hat gezeigt, wozu wir gemeinsam fähig sind: laut, solidarisch und entschlossen. Wer Sicherheit will, muss in Menschen investieren!



Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB vereint in ihren Forderungen.



Wählen gehen? Na klar!

Wenn ihr merkt, dass es wirklich um etwas geht

Wenn ihr regionale Nachrichten verfolgt, Gespräche im Kollegenkreis führt oder durch soziale Medien scrollt, dann fällt auf: Politik ist präsenter als sonst. Sicherheit, Demokratie, Staat – Themen, die uns unmittelbar betreffen.

Das hat einen Grund: Am 22. März wird ein neuer Landtag gewählt.

Wahlen sind nicht nur ein formaler Akt, sondern ein Kernstück unserer Demokratie. Sie geben staatlichem Handeln Legitimation und euch eine Stimme. Denn der Staat, das sind nicht andere. Der Staat, das sind wir alle. Im Dienst als Beschäftigte der Polizei, aber auch als Bürger/innen.

Die Polizei steht täglich für Recht, Freiheit und Menschenwürde ein. Gleichzeitig erleben wir alle – von der Sachbearbeitung bis in die höchsten Führungsämter – wie anspruchsvoll Polizeiarbeit geworden ist: Einsatzlagen werden komplexer, Belastungen steigen, Gewalt gegen Einsatzkräfte nimmt zu. Der Anspruch der Gesellschaft an eine handlungsfähige, präzise Polizei ist hoch. Damit wir diesem gerecht werden können, müssen die politischen Rahmenbedingungen und der Rückhalt stimmen.

Genau deshalb bringt sich die GdP kontinuierlich in den politischen Raum ein. Wir suchen den Austausch, führen Gespräche, sind in Ausschusssitzungen als Sachverständige geladen und tragen eure Anliegen überall dorthin, wo Entscheidungen vorbe-

reitet und getroffen werden. Nicht nur zu Wahlzeiten, sondern dauerhaft.

Im Vorfeld der Landtagswahl haben wir das Gespräch mit den demokratischen Parteien gesucht. In zahlreichen Antrittsbesuchen und Hintergrundgesprächen haben wir unsere Forderungen adressiert und konkrete Erwartungen formuliert. Unsere Positionen haben wir gebündelt, geschärft und in einem Positionspapier zusammengeführt, das wir den Parteien übermittelt haben. Darin machten wir deutlich, wofür die GdP steht und was die Polizei in unserem Land jetzt braucht: ausreichend Personal, moderne Ausstattung, zeitgemäße IT, verlässliches Training, gesunde Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung. Ziel ist eine resiliente Polizei, die auch unter steigenden Anforderungen handlungsfähig und immer einsatzbereit bleibt.

Ebenso wichtig ist eine solide Finanzierung der inneren Sicherheit. Investitionen in Personal, Technik und Prävention brauchen Verlässlichkeit und Planungssicherheit – keine kurzfristigen Lösungen. Gleichzeitig gilt: Innere Sicherheit endet nicht beim Polizeieinsatz. Prävention, Bildung und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind mit-



Foto: GdP RP

Landesvorsitzende Aline Raber ruft zum Wahlgang am 22. März auf.

entscheidende Bausteine einer starken Demokratie.

Am 22. März geht es deshalb um uns alle. Um unseren Beruf. Um unsere Arbeitsbedingungen. Und um die Zukunft einer handlungsfähigen Polizei in Rheinland-Pfalz.

Wählen heißt, Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung für unsere Kolleginnen und Kollegen, für gute Arbeitsbedingungen, für Sicherheit in unserem Land und für unsere Demokratie. **Deshalb mein klarer Aufruf: Geht wählen. Beteiligt euch. Jede Stimme zählt.** ■

DP – Deutsche Polizei
Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
www.gdp-rp.de
gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Verena Schäfer
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
verena.schaefer@gdp-rlp.de



GdP-FRAGENKATALOG ZUR LANDTAGSWAHL

Parteien beantworten Fragen zur inneren Sicherheit

Die GdP hat die im Landtag vertretenen demokratischen Fraktionen gebeten, zu zentralen Fragen der Polizeiarbeit Stellung zu nehmen. Grundlage war ein einheitlicher Fragenkatalog, der sich auf die wichtigsten GdP-Positionen bezog. Um euch einen vergleichbaren Überblick zu ermöglichen, wurden die eingegangenen Antworten redaktionell ausgewertet, gebündelt und aus Platzgründen zusammengefasst, ohne parteipolitisch zu bewerten. Die vollständigen Antworten der Fraktionen könnt ihr über den QR-Code auf unserer Homepage einsehen.



1. Personal, Belastung und Wertschätzung

Wie beurteilt Ihre Partei die aktuelle Belastungssituation der Polizei und welche Verantwortung sehen Sie für die Politik, um hier aktiv gegenzusteuern?

SPD	Die Grünen	FDP	CDU
Körperliche und psychische Gesundheit sind Grundvoraussetzung, Mensch steht im Mittelpunkt, starke Strukturen im Arbeits- und Gesundheitsschutz, flexible Arbeitszeit, verlässlicher WSD.	Ausreichend Personal, insbes. Tarif- und Spezialkräfte nötig sowie zeitgemäße Ausstattung und Wertschätzung (Alimentation, Beförderungen, moderne und mobile Arbeitsplätze, Vereinbarkeit).	Passgenaue Unterstützung nötig, keine unnötige Bürokratie, Handlungsbedarf beim Dienstunfallmanagement gegeben.	Mehr Personal allein reicht nicht, hinzukommen müssen flexiblere Arbeitszeitmodelle, moderne Technik und gezielte Unterstützung durch bspw. den KVD.

Steht Ihre Partei hinter der Forderung der GdP, den Personalbestand auf mindestens 12.000 Polizist/-innen in Vollzeit auszubauen?

SPD	Die Grünen	FDP	CDU
Weitere Investitionen nötig, S und K stärken, jährlich bis zu 500 Anwärter/-innen sowie zusätzliche Spezialist/-innen einstellen.	Langfristige, wissenschaftlich fundierte Gesamtpersonalplanung aller Sparten orientiert am tatsächlichen Bedarf, der regelmäßig zu überprüfen ist.	Maßgeblich sind nicht Kopffzahlen, sondern tatsächlicher Umfang an Vollzeitkräften. Weg fortsetzen und Personalstärke an Erfordernissen ausrichten.	Mehr Polizist/-innen nötig, 12.000 sehr ambitioniert, soll langfristige Zielmarke sein.

Sind Sie der Meinung, dass RLP amtsangemessen alimentiert?

SPD	Die Grünen	FDP	CDU
Attraktivität der Polizei verbessern, Tarifiergebnisse zeit- und systemgerecht auf Beamte/-innen übertragen.	Übertragung Tarifiergebnis ein Muss, Besoldung regelmäßig überprüfen, wettbewerbsfähig bleiben.	Erkennen länderinternen Konkurrenzdruck an, Gesamtsituation Landeshaushalt berücksichtigen	Gleichstellung zu anderen Bundesländern nötig. Automatische Kopplung an Tarifabschlüsse vorgesehen.



Wie sollte eine zukunfts- und konkurrenzfähige Ausgestaltung des TV-L aussehen und wie wollen Sie dem Fachkräftemangel begegnen?

SPD	Die Grünen	FDP	CDU
Spezialisierte IT- und Wirtschaftskriminalist/-innen, dualen Studiengang Angewandte Informatik auch weiterhin stärken.	Weiterentwicklungsmöglichkeiten, Sinnstiftung, kompetitives Gehalt, mobiles Arbeiten, Work-Life-Balance, Quereinstieg Beamtenbereich, wenn Polizeiaufgaben übernommen werden.	Tarifautonomie achten; Ergebnisse der laufenden Tarifverhandlungen bewerten bzgl. finanzieller Auswirkungen und Gesamtentwicklung im öffentlichen Dienst.	Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit sichern, marktgerechte Entgelte, klare Entwicklungsperspektiven für Polizeibeamt/-innen, Verwaltung und IT-Experten. Flexible Arbeitszeiten, Homeoffice, Fortbildungen.

Wird sich Ihre Partei für eine wissenschaftlich fundierte Personalbemessung einsetzen, die den tatsächlichen Aufwand berücksichtigt und damit strukturelle Überlastung beendet?

SPD	Die Grünen	FDP	CDU
Sind dafür grundsätzlich offen. Nach Methode eines Gutachters der Wirtschaftsberatungs-AG wird dies im AK PVM bereits umgesetzt.	Wissenschaftlich basierte, langfristige Gesamtpersonalplanung für die gesamte Polizei: Polly (Polizeiliche Leistungs- und Lastenbewertung) umsetzen.	Eine wissenschaftliche fundierte Personalbemessung wird ausdrücklich unterstützt.	Hohe Einstellungszahlen beibehalten, Polizeiassistenzen deutlich ausweiten; Überprüfung Personalbemessungskonzept durchführen.

Wie steht Ihre Partei zur Erhöhung der Polizeizulage auf 200 €, deren Dynamisierung und Ruhegehaltsfähigkeit?

SPD	Die Grünen	FDP	CDU
Polizei hat Wertschätzung verdient, das muss sich auch im Geldbeutel bemerkbar machen; RLP auf Spitzenplatz bundesweit.	Wettbewerbsfähig bleiben, dafür regelmäßig evaluieren, damit Zulage nicht an Wert verliert, Ruhegehaltsfähigkeit wird ausdrücklich unterstützt.	Zulage wurde erhöht, Forderung nach deren Pensionswirksamkeit ist nachvollziehbar, da Belastungen nicht mit Ruhestand enden.	Erhöhung auf Bundesniveau (228 €) und Ruhegehaltsfähigkeit. Zulage besondere Führungsverantwortung, Belastung und Spezialisierung.

Wie steht Ihre Partei zum Einstiegsamt A 10, Regelbeförderung A 11, zeitnahe Beförderung nach A 12 und A 13 sowie Streichung der Stellenplanobergrenze?

SPD	Die Grünen	FDP	CDU
Faire Besoldung nötig, zweigeteilte Laufbahn konsequent umsetzen, jährlich 1.000 Beförderungen durchführen.	Keine isolierte Anpassung, sondern mit Blick auf andere Sicherheitsbereiche (Justiz, Feuerwehr) ergebnisoffen prüfen.	Regelbeförderung nach A 11 und Bündelung Dienstposten A 9–A 11 gut vorstellbar; zeitnahe Beförderung A 12 und A 13.	Regelbeförderung nach A 10 und A 11 einführen; bei A 12 erfolgt nach erfolgreicher Probezeit unmittelbar Beförderung.

2. (Lebens-) Arbeitszeit

Unterstützt Ihre Partei die Reduzierung der Wochenarbeitszeit in besonders belastenden Diensten, bspw. WSD, auf 35 Stunden?

CDU	SPD	Die Grünen	FDP
Rahmenbedingungen verbessern durch ausreichende Stärke, bessere Planung, Mehrarbeitsausgleich, Zulagen, Faktorisierung von Nachtdiensten.	Mehr als 500 zusätzliche Mitarbeitende wären dafür nötig, dies würde Belastung zunächst verschärfen, da 12,5 % Arbeitszeitreduzierung.	Wissenschaftlich begleitete Evaluation durch Polizei, Beschäftigte und Dienstherrn, um Problem Minusstunden zügig im Sinne der Betroffenen zu lösen.	Überprüfung der Arbeitszeitmodelle, 35-Stunden-Woche auf Grundlage detaillierter Betrachtung und belastbarer Erkenntnisse entscheiden.

Wird Ihre Partei an der aktuell bestehenden Lebensarbeitszeit für Polizeibeamt/-innen festhalten und wie steht sie zu politischen Bestrebungen, diese zu verlängern oder anzugleichen?

CDU	SPD	Die Grünen	FDP
Aktuell keine Verlängerung der Lebensarbeitszeit.	Besondere Belastungen rechtfertigen eine Privilegierung der Lebensarbeitszeit.	Belastung darf nicht durch pauschale Angleichung ausgehöhlt werden.	Verlängerung der aktuellen Lebensarbeitszeit wird abgelehnt.



3. Gesundheit, Fürsorge und Attraktivität

Wird Ihre Partei die Freie Heilfürsorge für alle Polizist/-innen ausweiten?

FDP	CDU	SPD	Die Grünen
Nicht zwingend das alleinige oder ausschlaggebende Zeichen von Fürsorge und Wertschätzung.	Beschleunigung Beihilfe, Abschaffung Kostendämpfungspauschale, Prüfung, ob Anknüpfung an Arbeitsstab Heilfürsorge sinnvoll ist.	Starke Strukturen im Arbeits- und Gesundheitsschutz nötig sowie Präventionsmaßnahmen und moderne Ausstattung.	Bürger:innenversicherung auf Bundesebene, auch für Beamt:innen, unter Wahrung des Alimentationsprinzips.

Wie steht Ihre Partei zu Plänen, die private Krankenversicherung für Beamt/innen abzuschaffen oder in ein Wahlmodell zu überführen?

FDP	CDU	SPD	Die Grünen
Lehnen sie ausdrücklich ab. Klares Bekenntnis zum bestehenden System aus Beihilfe und PKV.	Keine Abschaffung für Beamt/innen, sondern pauschale Beihilfe mit Wahl zw. PKV und GKV mit monatlichem Zuschuss statt individueller Beihilfeleistungen.	Eine Abschaffung der PKV ist nicht geplant. Mit Hamburger Modell könnten Beamt/innen in GKV bleiben, während Land Arbeitgeberanteile übernimmt. Damit würden Betroffene entlastet.	Zwei-Klassen-System beenden, so lange für Beamt:innen Wahlrecht anbieten, je nachdem, welches System besser passt.

Unterstützt Ihre Partei den Aufbau eines Dienstunfallmanagements?

FDP	CDU	SPD	Die Grünen
Dies unterstützen sie.	Wenn ein praktikables und finanziell verantwortbares Gesamtkonzept umgesetzt wird, dann Unterstützung.	Weiterentwicklung Dienstunfallmanagement für eine leistungsfähige Polizei.	Unterstützen Novellierung des LBVersG mit einem Austausch zwischen Sachverständigen und der ADD.

4. Digitalisierung, KI und moderne Kriminalitätsbekämpfung

Welche konkreten Investitionen plant Ihre Partei, um die digitale Ausstattung und Datensysteme auf ein modernes und zukunftsfähiges Niveau zu bringen?

Die Grünen	FDP	CDU	SPD
Digitale Infrastruktur ausweiten, P20; Onlinewache mit 24/7-Besetzung, an HdP Wissenschaft und Forschung zu KI, Innovationswerkstatt vorankommen, hybride Bedrohungen höchste Priorität.	Moderne IT-Strukturen, spezialisierte Einheiten, gut ausgebildetes Personal, leistungsfähige Ausstattung, die die Arbeit unterstützen und entlasten.	Polizeiliche IT-Kernsysteme erneuern mit Fokus auf Polizeinetze, Datenstrukturen und Verarbeitungssystemen.	Hohe Investitionen in P20, Spezialdatennetz und zukünftige KI-Systeme, umfassendes Digitalisierungspaket; leistungsstarkes Breitband, flächendeckendes WLAN, digitaler Campus.

Welche Rolle soll KI in der Polizeiarbeit einnehmen und wo sieht Ihre Partei Grenzen?

Die Grünen	FDP	CDU	SPD
Polizeieigene oder europäische Entwicklungen zur Datenauswertung, Datenschutz, externes Fachwissen nutzen; KI soll unterstützen, nicht ersetzen.	Zur Analyse großer Datenmengen, bei der Verknüpfung von Datenbanken hat Datenschutz oberste Priorität. Keine Auslagerung an Externe, Möglichkeiten der Maßnahmenüberprüfungen schaffen.	KI-gestützte Videosicherheitstechnik an neuralgischen Punkten einsetzen, KI zur Datenauswertung nutzen.	Verantwortlicher Einsatz von KI wichtig, Auswerte- und Analysesoftware ausbauen, Kooperation BKA, LKA und DFKI ausbauen.



5. Liegenschaften

Wie will Ihre Partei den baulichen Zustand der Dienststellen im Land verbessern? Unterstützen Sie ein mehrjähriges Sanierungs- und Investitionsprogramm?

SPD	Die Grünen	FDP	CDU
Modernisierungsoffensive geplant, für PP Mainz, Koblenz und LKA zukunftsfähige Lösungen nötig. Eigene strategische Liegenschaftskomponente landesweit zentralisiert, zusätzlich zu LBB, zielführend.	Gesamtplan zur Sanierung und energetischer Modernisierung wichtig, Mittelaufbau für kleinere Arbeiten durch Polizei, Ausbau Ladeinfrastruktur für E-Mobilität, leistungsfähige Netzanbindung.	Intensivere Zusammenarbeit mit Privaten für mehr Effizienz und Schnelligkeit wird unterstützt. LBB personell im Blick halten.	Bestandsaufnahme der Strukturen durchführen, Abläufe, Personal und Effektivität stärken.

6. Organisation, Aufgabenverständnis und Führungskultur

Wie definiert Ihre Partei die künftige Rolle und Kernaufgabe der Polizei?

CDU	SPD	Die Grünen	FDP
Polizei bleibt zentrale Säule zur Gewährleistung der inneren Sicherheit und des geltenden Rechts.	Garantenstellung, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Vertrauen in zunehmend komplexen, digitalen und pluralen Gesellschaft gewährleisten. Vorbildfunktion, anerkanntes Leitbild und gelebte Reflexionskultur; Prävention zentral, digitale Ermittlungen werden Querschnittsaufgabe.	Freiheit, Sicherheit und Grundrechte schützen; Gewalt, Hass und Kriminalität entgegentreten; transparente Bürgerpolizei bleiben.	Bürgernähe, Entlastung von Verwaltungs- und unterrichtsfernen Tätigkeiten, KVD qualitativ stärken. Polizei den Rücken stärken.

Plant Ihre Partei strukturelle oder organisatorische Veränderungen innerhalb der Polizei oder des Innenressorts?

CDU	SPD	Die Grünen	FDP
Organisation, Prozesse und Zuständigkeiten effizienter gestalten.	Stehen strukturellen oder organisatorischen Veränderungen grundsätzlich offen gegenüber, wenn sie aus der Fachlichkeit entwickelt werden.	INSIDER-Studie berücksichtigen; bürgernahen Bezirksdienst stärken, Einführung periodischer Sicherheitsbericht, Digitalisierung und Onlinewache vorantreiben.	Aktuell keine erneute strukturelle Änderung nötig.

7. Finanzierung und Sondervermögen „Innere Sicherheit“

Befürwortet Ihre Partei die Einrichtung eines Sondervermögens „Innere Sicherheit“?

FDP	CDU	SPD	Die Grünen
Kein Sondervermögen angestrebt, sondern Polizei über Landeshaushalt finanzieren.	Eigenes Sondervermögen schwer zu begründen. Nachhaltige und planbare Investitionen sind das Ziel.	Signifikante Steigerung des Polizeihaushalts für Personal, Ausstattung, digitale Projekt und Prävention.	Kontinuierliche Finanzierung auf hohem Niveau im regulären Haushalt ermöglichen.

Wenn Ihre Partei Regierungsverantwortung erhielte: In welcher Größenordnung würden Sie die finanziellen Mittel für die Polizei im nächsten Haushalt ansetzen und welche politischen Schwerpunkte würden Sie damit setzen?

FDP	CDU	SPD	Die Grünen
Seriöse, nachhaltige und verlässliche Finanzierung der Polizei mit Schwerpunkt auf Kriminalität im digitalen und Präsenz im öffentlichen Raum.	Zusätzliche Personalstellen, Zulegen und moderne Technik benötigt, Infrastruktur verbessern, Prävention, zeitweilige Speicherung von IP-Adressen. Haushaltsmittel dafür schrittweise bereitstellen.	Aufwachen im Bereich Digitalisierung, Drohnerdetektion und -abwehr, KI, Mobilität in Luft/Wasser/Straße und Liegenschaftsmodernisierung befürwortet.	Digitaler Innovation einen Boost geben, Bekämpfung von sexuellen Misbrauchsdarstellungen an Kindern, Umweltkriminalität noch besser bekämpfen durch Einrichtung Schwerpunktstaatsanwaltschaft.



Tarifverhandlungen – Wir informieren in aktiven Mittagspausen



Foto: Stefan Metzger



Foto: GdP RLP



Foto: Michael Heinen



Foto: Michael Heinen



Foto: Sebastian Kämer



Foto: GdP RLP



Foto: Michael Dzidzic



Foto: Isabel Klemmer-Sorg



Foto: Lars Becker



Foto: Sebastian Christmann



Foto: GdP



Foto: Thomas Bergmann



Foto: GdP



Foto: Thomas Bergmann



Foto: Isabel Klemmer-Sorg



Foto: Aline Raber

Die Preisträgerinnen und -träger für besondere Zivilcourage

Preis für Zivilcourage verliehen

Mit dem Preis für Zivilcourage 2025 hat das Land Rheinland-Pfalz erneut Menschen ausgezeichnet, die nicht weggesehen, sondern beherzt und verantwortungsvoll eingegriffen haben. Die Geehrten stehen beispielhaft für Mut, Mitmenschlichkeit und ein starkes Wertebewusstsein im Alltag.

Ihr Handeln zeigt, dass Zivilcourage ein unverzichtbarer Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft ist – und Anerkennung verdient. Die GdP gratuliert allen Preisträger/innen und bedankt sich für ihren Einsatz für die Sicherheit unserer Gemeinschaft. ■



Foto: Andreas Sailer

Die Polizei- und GdP-Delegation freut sich über das Engagement aus der Bevölkerung

AKTUELLES AUS DEM HPR

Neue Oberbekleidung

Der Trageversuch zur neuen Oberbekleidung für die operativen Kräfte der Polizei Rheinland-Pfalz wurde abgeschlossen und umfassend ausgewertet. Besonders das neu entwickelte Funktionsdiensthemd sowie die vorgesehenen Fleecewesten fanden breite Zustimmung und sollen eingeführt werden. Auch die Funktionsunterziehjacken wurden grundsätzlich positiv bewertet, wobei einzelne sicherheitsrelevante Anpassungen vorgesehen sind. Die Einführung eines Parkas wurde hingegen mehrheitlich abgelehnt, da bestehende Bekleidungskombinationen als ausreichend und praxisnäher angesehen werden. Insgesamt folgt das geplante Vorgehen konsequent den Rückmeldungen aus der Praxis und stärkt Komfort, Funktionalität und Sicherheit der Einsatzkräfte.

Reorganisation des Landeskriminalamtes

Das MdI hat dem HPR die strategischen Leitlinien für die geplante Reorganisation des Landeskriminalamtes übermittelt. Das Vorhaben knüpft an die bisherigen Erörterungen zwischen dem Vorstand des HPR, der Behördenleitung des LKA und dem MdI an. Ziel ist es, die organisatorischen Strukturen zukunftsfähig weiterzuentwickeln und den aktuellen wie auch künftigen Anforderungen wirksam zu begegnen.

Digitalisierung in der Polizei stärken

Das Polizeipräsidium Einsatz, Logistik und Technik und das Landeskriminalamt wollen eine Kooperation „DigiKoRP“ starten, um Digitalisierungsprojekte gemeinsam effektiver voranzutreiben. Ziel ist es, Fachwissen, Technik und Organisation zu bündeln, KI-basierte Innovationen zu fördern und landesweit abgestimmte digitale Lösungen zu entwickeln. Die Zusammenarbeit soll Synergien nutzen, Parallelentwicklungen vermeiden und die Polizei fit für die digitale Zukunft machen.

MONOcam

Ablenkung durch die Nutzung elektronischer Geräte zählt weiterhin zu den wesentlichen Ursachen schwerer Verkehrsunfälle. Um dieses bislang hohe Dunkelfeld wirksam zu reduzieren und die Verkehrssicherheit weiter zu stärken, setzt die Polizei verstärkt auf technische Unterstützung. Nach erfolgreichen Pilotphasen wurde das System erprobt und weiterentwickelt. Inzwischen stehen mehrere MONOcams für den landesweiten Einsatz zur Verfügung, die Mitarbeitenden wurden entsprechend geschult. Die aktualisierte Fachkonzeption berücksichtigt die Erfahrungen aus der Praxis und schafft eine Grundlage für den flächendeckenden Einsatz dieser Technik. ■



Geburtstage

70 Jahre

Klara Trierweiler, PP/PD Koblenz

75 Jahre

Regina Funke, PD Pirmasens
Alfred Schuh, LKA
Bernd Römer, Vorderpfalz

80 Jahre

Manfred Ullrich, Südpfalz

85 Jahre

Dieter Rick, HdP

Sterbefälle

Didion, Thomas

PD Kaiserslautern

Ortseifen, Rainer

Westerwald/Rhein-Lahn

Conradt, Christa

Glutting, Hans-Dieter

Vorderpfalz